

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

61 (16.3.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheinet täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierfachjährig 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierfachjährig. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft "Babenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Berantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Dr. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahls; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Bericht: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Fernsprecher
Nr. 533.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achteckige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Fernsprecher
Nr. 535.

Graeisen: Die sechspalige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf. Stellen 60 Pf. Lofalanzeigen billiger. Bei örtlicher Wiederholung entsprechender Redaktionen aufnehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Berichtigungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Berantwortlich: für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahls in Karlsruhe.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung.

Berlin, 16. März 1910.

Beginn der Sitzung 1 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Abstimmung über den Titel Ostmarken-Zulagen für Postbeamte. Bei der Abstimmung erhält das Bureau Zweifel, so daß des Himmelsprung nichts wurde. Dieser ergab Annahme des Abstimmung mit 154 gegen 140 Stimmen. Gegen die Ostmarken-Zulagen stimmten Preußen, Bremen, Sozialdemokraten und der Abgeordnete Träger. - Sodann wird die Beratung des Staats des Reichskanzlers nach dem Etat der Reichskanzler fortgesetzt. Zur Debatte stehen vorweg die dazu gestellten Resolutionen.

Abg. Prinz Schönach-Carolath (natl.) empfiehlt eine Resolution, den Reichskanzler zu erläutern, nach dem Vorbispiel zahlreicher anderer Staaten zur Unterstützung der Bemühungen für die internationale Schiedsgerichtsverhandlung eine Befreiung in den nächsten Jahren einzufordern. Abg. Eichhoff (f. Bp.) tritt gleichfalls für die Resolution ein. Mit Amerika sei ein Schiedsgerichtsvertrag seit 1904 in Aussicht gewesen. Er fragt, wie siehe es darum, wie mit einem Schiedsgerichtsvertrag mit Differenz, wie er in dem Handelsvertrag vorgesehen sei.

Staatssekretär von Schön: Die Anregung, bestehend Unterstüzung der Union, wird der Reichskanzler in gehöriger Rücksicht nehmen. (Bravo). Die Verhandlungen wegen eines Schiedsgerichtsvertrages mit Amerika sind nicht abgeschlossen. Unser Vorfahrt liegt der Bundesregierung in Washington vor.

Ministerialdirektor von Bömer teilt noch hinsichtlich Osterreich-Ungarns mit, es sei angemessen, doch uns mehr und mehr über Tariffragen mit Österreich auf einheitlichen Grundlagen einzutreten.

Abg. Ledebour (Soz.): Gegen die Resolution haben wir natürlich nichts, aber die Antragsteller läuten nach weiter, wenn sie uns in unseren Bewerbungen nach Abmahnung der Aufführung zu Hilfe rufen. Redner empfiehlt dann eine Resolution seiner Partei betreffend Regelung der Aufführung, wenn der Reichstag es verlangt. Das sei die einzige Waffe, die der Reichstag habe. Damit würde dann auch die Selbstberücksichtigkeit des Maßnahmen für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich für diese Verantwortlichkeit fügt auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erneut und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers vor einem Staatsgerichtshof geregt werden.

Abg. von Dziebonski (Preu.): fordert eine Regelung der Rechtsverhältnisse der Ausländer. Abg. Hansen (Dän.) bringt Belehrungen über die Auswanderungspolitik der Regierung gegenüber Dänen vor. Bizerätsel Sahn ruft den Abg. Scheidemann auf, dass ein Ende zu kommen. Herr von Bismarck bat gemeint, es werde in Deutschland keine Partei-Regierung, tatsächlich aber haben wir ebenso gut eine Parteidiktatur wie in parlamentarisch regierten Staaten. Unsere selbstkritische Parteidiktatur ist viel partizipativer als jede andere. Wir werden mit allen Machthabern, die uns zur Verfügung stehen, den Kampf gegen die herkömmliche Regierung führen. Wir können aber nicht gegen die bürgerlichen Parteien. Wir müssen deshalb einen Appell an Sie (zu den Bürgern) machen, um gemeinsam den Kampf zu führen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebermann v. Sonnenburg (w. Bp.): Die Resolution, betreffend Elsaß-Lothringen, lehnen wir ab mit Rücksicht auf die geistige Erfahrung des Reichsanglers. Die Schiedsgerichts-Resolution nehmen wir an. Die Resolution, betreffend Neuauflagen, lehnen wir zwar nicht prinzipiell ab, die Sache ist aber noch nicht genügend geklärt, ebenso die Resolution des Verantwortlichen.

Abg. Prinz Schönach-Carolath (natl.) begrüßt die Resolution, betreffend Elsaß-Lothringen, lehnen wir ab mit Rücksicht auf die geistige Erfahrung des Reichsanglers. Die Schiedsgerichts-Resolution nehmen wir an. Die Resolution, betreffend Neuauflagen, lehnen wir zwar nicht prinzipiell ab, die Sache ist aber noch nicht genügend geklärt, ebenso die Resolution des Verantwortlichen.

Abg. Prinz Schönach-Carolath (natl.): Gegen die Resolution, betreffend der Staatssekretärschaft der parlamentarischen Union ist einigegeworden.

Herauf wird die Resolution über die Kanzler-Verantwortlichkeit gegen die Rechte angenommen. Einstimmingen werden die Resolutionen Prinz Schönach-Carolath, sowie die auf Elsaß-Lothringen bezügliche Resolution mit Ausnahme der sozialdemokratischen.

Abg. Kunz ex (Soz.) empfiehlt die Resolution seiner Partei, wonach Nachwahlen, die während einer Legislatur-Periode notwendig werden, innerhalb einer Zeitraume von 60 Tagen nach Erledigung des Mandats vorgenommen werden sollen.

Staatssekretär Dierk und führt gegen die Resolution aus, man dürfe Neuwahlen nicht mit gegen die Wahlzeit verschieben. Die Neuauflistung der Listen erfordere längere Vorbereitung, aber die Regierung werde möglichst auf dem Beratungsweg für mögliche Beschlüsse sorgen. Nach ferner weiterer Debatte wird die sozialdemokratische Resolution mit der Wahrung, daß die Frist für die Neuauflistung höchstens 70 statt 60 Tage betragen soll, angenommen. Der Etat des Staats des Reichskanzlers wird definitiv erledigt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes.

Referent, Abg. Krebs von Hartling, verliest die Erklärung des Staatssekretärs von Schön in der Mannesmann-Straße.

Abg. Graf Kanitz (lon.): Der Dreieck ist gezeigt. Unsere Beziehungen zu Italien sind gute. Wir müssen also dem Reichskanzler, wenn er jetzt nach Rom geht, plädieren. Was Rückland anlangt und den Balkan, so glauben wir nicht, daß bei den dortigen gesetzlichen Wahlen irgend ein Einfluss Rückland vorliegt. Aus dem Verhalten des Staatssekretärs in den marokkanischen Angelegenheiten erwächst ihm meiner Ansicht nach keinerlei Vorwurf. England gegenüber bestreiten die fortwährenden beiderseitigen Friedensverträge gar nichts. Man muß dort alles der Zukunft überlassen. Wir können uns der Vergangenheit nicht entziehen, daß unsere Erfahrungen unter dem neuen amerikanischen Tarif sehr zu leiden haben wird. Frankreich geht in seinen Beziehungen an Amerika jeden-

falls nicht so weit wie wir. Sehr unangenehm für unsere Industrie sind auch die französischen Zollerhöhungen. Ich will gegen Frankreich keine Repressalien empfehlen, aber Maßnahmen halte ich doch für nötig, um uns gegen die französischen Zollerhöhungen zu sichern. In Dingen, wo die Machstellung Deutschlands in Frage steht, wird uns das Auswärtige Amt stets hinter sich haben. (Bravo redet.)

Abg. Stresemann (natl.): Man hat gemeint, das Bild, das gegenwärtig England bietet, sei auch das Bild des aufstrebenden Deutschland. Ich glaube dagegen, wir haben keinen Anlaß, unsere Exportpolitik so exzessiv zu treiben und dabei die Landwirtschaft zu vernachlässigen. Fehlt es uns doch an dem ungeheueren kolonialen Weltreich, das England besitzt und wissen wir doch noch nicht, wie unsere Kolonien sich entwickeln. Und England andererseits hat keinen Anlaß, unsere Entwicklung zu behindern zu sehen. Wir haben beide ein Interesse daran, unsere Völker empor zu entwickeln, und das wird uns befreit dadurch geschehen, daß sie Schulter an Schulter gehen und sich verschändigen. Eine wirtschaftliche Verbesserung wäre viel wichtiger als eine solche über die Rüstungen. Eines Ausbaues bedarf das Element der Kaufmännischen Kaufverbünden wie unsere Konziliare im Auslande. Wenn Graf Kanitz am liebsten einen Krieg mit Amerika hätte, so mag ich ihm entschieden entgegen treten. Einwürfe wären internationale Konferenzen über weltwirtschaftliche Fragen. Redner kommt dann auf Marocco zu sprechen. Wirtschaftlich muss uns die Belästigung freie bleiben. Im Falle Mannesmanns möge die Rechtsfrage befreit sein, aber wir sollten an die Freiheit der Unternehmung mit dieser Herren unserer Freunde freuen. (Beifall.)

Abg. Eichhoff (f. Bp.): Mit Amerika sei ein Schiedsgerichtsvertrag seit 1904 in Aussicht gewesen. Er fragt, wie siehe es darum, wie mit einem Schiedsgerichtsvertrag mit Differenz, wie er in dem Handelsvertrag vorgesehen sei.

Staatssekretär von Schön: Die Anregung, bestehend Unterstüzung der Union, wird der Reichskanzler in gehöriger Rücksicht nehmen. (Bravo). Die Verhandlungen wegen eines Schiedsgerichtsvertrages mit Amerika sind nicht abgeschlossen. Unser Vorfahrt liegt der Bundesregierung in Washington vor.

Ministerialdirektor von Bömer teilt noch hinsichtlich Osterreich-Ungarns mit, es sei angemessen, doch uns mehr und mehr über Tariffragen mit Österreich auf einheitlichen Grundlagen einzutreten.

Abg. Ledebour (Soz.): Gegen die Resolution haben wir natürlich nichts, aber die Antragsteller läuten nach weiter, wenn sie uns in unseren Bewerbungen nach Abmahnung der Aufführung zu Hilfe rufen. Redner empfiehlt dann eine Resolution seiner Partei betreffend Regelung der Aufführung, wenn der Reichstag es verlangt.

Abg. von Dziebonski (Preu.): fordert eine Regelung der Rechtsverhältnisse der Ausländer. Abg. Hansen (Dän.) bringt Belehrungen über die Auswanderungspolitik der Regierung gegenüber Dänen vor.

Bizerätsel Sahn ruft den Abg. Scheidemann auf, dass ein Ende zu kommen. Herr von Bismarck bat gemeint, es werde in Deutschland keine Partei-Regierung, tatsächlich aber haben wir ebenso gut eine Parteidiktatur wie in parlamentarisch regierten Staaten. Unsere selbstkritische Parteidiktatur ist viel partizipativer als jede andere. Wir werden mit allen Machthabern, die uns zur Verfügung stehen, den Kampf gegen die herkömmliche Regierung führen. Wir können aber nicht gegen die bürgerlichen Parteien. Wir müssen deshalb einen Appell an Sie (zu den Bürgern) machen, um gemeinsam den Kampf zu führen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebermann v. Sonnenburg (w. Bp.): Die Resolution, betreffend Elsaß-Lothringen, lehnen wir ab mit Rücksicht auf die geistige Erfahrung des Reichsanglers. Die Schiedsgerichts-Resolution nehmen wir an. Die Resolution, betreffend Neuauflagen, lehnen wir zwar nicht prinzipiell ab, die Sache ist aber noch nicht genügend geklärt, ebenso die Resolution des Verantwortlichen.

Abg. Prinz Schönach-Carolath (natl.): Gegen die Resolution, betreffend der Staatssekretärschaft der parlamentarischen Union ist einigegeworden.

Herauf wird die Resolution über die Kanzler-Verantwortlichkeit gegen die Rechte angenommen. Einstimmingen werden die Resolutionen Prinz Schönach-Carolath, sowie die auf Elsaß-Lothringen bezügliche Resolution mit Ausnahme der sozialdemokratischen.

Abg. Kunz ex (Soz.) empfiehlt die Resolution seiner Partei, wonach Nachwahlen, die während einer Legislatur-Periode notwendig werden, innerhalb einer Zeitraume von 60 Tagen nach Erledigung des Mandats vorgenommen werden sollen.

Staatssekretär Dierk und führt gegen die Resolution aus, man dürfe Neuwahlen nicht mit gegen die Wahlzeit verschieben. Die Neuauflistung der Listen erfordere längere Vorbereitung, aber die Regierung werde möglichst auf dem Beratungsweg für mögliche Beschlüsse sorgen. Nach ferner weiterer Debatte wird die sozialdemokratische Resolution mit der Wahrung, daß die Frist für die Neuauflistung höchstens 70 statt 60 Tage betragen soll, angenommen. Der Etat des Staats des Reichskanzlers wird definitiv erledigt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes.

Referent, Abg. Krebs von Hartling, verliest die Erklärung des Staatssekretärs von Schön in der Mannesmann-Straße.

Abg. Graf Kanitz (lon.): Der Dreieck ist gezeigt. Unsere Beziehungen zu Italien sind gute. Wir müssen also dem Reichskanzler, wenn er jetzt nach Rom geht, plädieren. Was Rückland anlangt und den Balkan, so glauben wir nicht, daß bei den dortigen gesetzlichen Wahlen irgend ein Einfluss Rückland vorliegt.

Aus dem Verhalten des Staatssekretärs in den marokkanischen Angelegenheiten erwächst ihm meiner Ansicht nach keinerlei Vorwurf. England gegenüber bestreiten die fortwährenden beiderseitigen Friedensverträge gar nichts. Man muß dort alles der Zukunft überlassen. Wir können uns der Vergangenheit nicht entziehen, daß unsere Erfahrungen unter dem neuen amerikanischen Tarif sehr zu leiden haben wird. Frankreich geht in seinen Beziehungen an Amerika jeden-

Affäre absolut nichts zu schaffen hat. — Georg Münsterer entstammt, wie dieser Fälschungen gegenübergestellt, einer liberalen Familie, sein Vater standierte mehrmals als Liberale zum Land- und Reichstag. Der Sohn entwickelte, wie auch ein Mitarbeiter der "Neuen Ztg. Bp." zugibt, als Student "durchweg freie Ansichten", war schon im Gymnasium gewissen geistlichen Lehren abgetreten. Daher dann gleichwohl später Theologie studierte. Doch er war dann wiederum später Theologie studierte, fiel allgemein auf. Dem Zentrum hat er nie angehört, im Gegenteil hat er ihm oft genug — erst neulich noch nach der Reichsfinanzreform — Prügel zwischen die Beine geworfen. Wir sahen dies, nicht weil solche Sünden und Verfehlungen nicht einen "Zentrumsfarrer" passieren könnten, sondern zur Steuer der Wahrheit. Gegen unwürdige Mitglieder ist keine Konfession und keine Partei gefordert. Was Münsterer gefiehlt, geht auf sein Konto, und die heute in großen Zeitschriften auf bayerischen Sternen und bayerisches Zentrum loszulägen, hätten mehr Grund, den großen Pariser Skandalen ihre Aufmerksamkeit zu widmen, wo nicht ein Einzelner schuldig, sondern ein ganzes Nationale von Gauner und Betrügern Kirche und Staat um ungezählte Millionen betrogen und beschönigt hat."

○ Nicht für das Volk, sondern für die Partei! Das in der Grundsatz, den die Sozialdemokratie bei ihrer Wahlrechtsagitation verfolgt. Wenn man dies nicht schon weiß, so erfährt man es klar aus Bemerkungen des Genossen Wehring aus der letzten Nummer der "Neuen Zeit". Wehring ist es eigentlich gar nicht recht, daß es auch bürgerliche Politiker gibt, die für eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintreten. Wie die Dinge aber nun einmal liegen, will er es zwar gütig gestalten, daß die "Bourgeoisie", ohne von der Sozialdemokratie augenblicklich angeempelt zu werden, für ein freibürtiges Wahlrecht in Preußen kämpft, da die liberale Opposition dem jungerultraontaurischen Schnapsabstimmung einiges Verständnis macht; aber den Augen wegen der geringen Aktion darf nur die Sozialdemokratie einnehmen. Wörtlich schreibt Wehring: "Die Tatik, diese Bundesgenossen zu nehmen, wie sie nun einmal sind, würde nur dann ein Fehler sein, wenn man sich durch die eingerückte Interessengemeinschaft über die eigentlichen Weisen täuschen liege, oder um ihrer schönen Augen willen die berechtigten Forderungen der Arbeiter oder die Mittel abweichen, durch die diese Forderungen zu erreichen sind. Davon darf keine Rede sein. Diesmal vergeben die Arbeiter die Kassen allein und die Bourgeoisie kann sich zur Abwendung auch einmal den Wohl wünschen." Diese Worte enthalten die beste Rechtfertigung der Haltung des Zentrums; mit den Sozialdemokraten kann man keine Politik machen, denn sie verfolgen stets Klasseninteressen und denken nie an das Wohl der Allgemeinheit.

Deutschland.

Berlin, 16. März 1910.

○ Der Millionenausbau an französischen Ordensvermögen. Unter dieser Überschrift wird der erschienne "Börsische Zeitung" in Berlin u. a. geschrieben:

"Die brutale Tatik bleibt bestehen, von der berühmten Militärs Waldecks aus, die übrigens nach den nächsten und unverlässigen Berechnungen des Herrn Combes nur 480 Millionen ausmachen, werden nach Beendigung der Abwicklungen auf dem Papier kaum 16 Millionen übrigbleiben. Auf dem Papier; denn auch von diesem verdeckten weisen zwingt schwerlich viel, wenn über sie hergeschafft sind und sie mit Nut und Stengel aufgeschoren haben. Dies ist gefährdet worden. Seine Folgen sind noch nicht so weit. Sie haben es auch nicht so gut getrieben wie er. Aber die Methoden sind die gleichen und ihr System war das selbe."

In dieser Weise wird unter dem gegenwärtigen radikal-sozialistischen Regime die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt. Die ganze Korruption, die sich unter den jetzigen Parteidurchsetzungen in Frankreich entwirkt, wird durch den Fall Dreyfaus erstmals in die Öffentlichkeit gerückt. Sowohl die Regierung wie die Partei-Partei werden die Verantwortung für mögliche Beschlüsse sorgen.

Nach ferner weiterer Debatte wird die sozialdemokratische Resolution mit der Wahrung, daß die Frist für die Neuauflistung höchstens 70 statt 60 Tage betragen soll, angenommen. Der Etat des Staats des Reichskanzlers wird definitiv erledigt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes.

Referent, Abg. Krebs von Hartling, verliest die Erklärung des Staatssekretärs von Schön in der Mannesmann-Straße.

Abg. Graf Kanitz (lon.): Der Dreieck ist gezeigt. Unsere Beziehungen zu Italien sind gute. Wir müssen also dem Reichskanzler, wenn er jetzt nach Rom geht, plädieren. Was Rückland anlangt und den Balkan, so glauben wir nicht, daß bei den dortigen gesetzlichen Wahlen irgend ein Einfluss Rückland vorliegt.

Aus dem Verhalten des Staatssekretärs in den marokkanischen Angelegenheiten erwächst ihm meiner Ansicht nach keinerlei Vorwurf. England gegenüber bestreiten die fortwährenden beiderseitigen Friedensverträge gar nichts. Man muß dort alles der Zukunft überlassen. Wir können uns der Vergangenheit nicht entziehen, daß unsere Erfahrungen unter dem neuen amerikanischen Tarif sehr zu leiden haben wird. Frankreich geht in seinen Beziehungen an Amerika jeden-

Affäre absolut nichts zu schaffen hat. — Georg Münsterer entstammt, wie dieser Fälschungen gegenübergestellt, einer liberalen Familie, sein Vater standierte mehrmals als Liberale zum Land- und Reichstag. Der Sohn entwickelte, wie auch ein Mitarbeiter der "Neuen Ztg. Bp." zugibt, als Student "durchweg freie Ansichten", war schon im Gymnasium gewissen geistlichen Lehren abgetreten. Daher dann wiederum später Theologie studierte, fiel allgemein auf. Dem Zentrum hat er nie angehört, im Gegenteil hat er ihm oft genug — erst neulich noch nach der Reichsfinanzreform — Prügel zwischen die Beine geworfen. Wir sahen dies, nicht weil solche Sünden und Verfehlungen nicht einen "Zentrumsfarrer" passieren könnten, sondern zur Steuer der Wahrheit. Gegen unwürdige Mitglieder ist keine Konfession und keine Partei gefordert. Was Münsterer gefiehlt, geht auf sein Konto, und die heute in großen Zeitschriften auf bayerischen Sternen und bayerisches Zentrum loszulägen, hätten mehr Grund, den großen Pariser Skandalen ihre Aufmerksamkeit zu widmen, wo nicht ein Einzelner schuldig, sondern ein ganzes Nationale von Gauner und Betrügern Kirche und Staat um ungezählte Millionen betrogen und beschönigt hat."

○ Nicht für das Volk, sondern für die Partei! Das in der Grundsatz, den die Sozialdemokratie bei ihrer Wahlrechtsagitation verfolgt. Wenn man dies nicht schon weiß, so erfährt man es klar aus Bemerkungen des Genossen Wehring aus der letzten Nummer der "Neuen Zeit". Wehring ist es eigentlich gar nicht recht, daß es auch bürgerliche Politiker gibt,

Negierung sollte die Behörden antreuen, sie an den Charitas-Verband zu wenden; einzelne tun es jetzt schon. Redner ist auch gegen den harten Ausdruck „Zwangserziehung“, der den jungen Leuten einen Matel aufprägt; „Fürsorgeerziehung“ wäre das Beste. Obwohl uns viele Vorfälle guter Familien vorliegen, müssen wir sehen, daß der Staat diese Familien oft nicht berücksichtigt und die Böblinge in die Anstalten steckt, obwohl die Anstaltszerziehung teurer ist u. namentlich in religiöser Hinsicht nicht so einwirken kann wie eine gute Familie. Gerade deshalb sollen die Familien mehr berücksichtigt werden. Der Ortsgeistliche, von dem wir die Mitteilung erhalten, bietet auch eine bessere Kontrolle, er kennt die Familien. Er möchte die Negierung bitten, die Anstalt, die auf unserer Seite steht — eine ähnliche besteht auch auf der anderen (ewang.) Seite —, mehr zu berücksichtigen. (Beifall.)

Abg. Rösch (Soz.) fragt, ob es den Böblingen verboten sei, zu jähren.

Abg. Pfeiffle (Soz.) zieht auch die Familienerziehung vor gegenüber den Anstalten, die mehr den Charakter von Gefängnissen haben. Die meisten Zwangs-Böblinge sind Produkte der Erziehung im Elternhaus. Man muß auch darauf achten, daß die Familien, die gefallene Kinder aufnehmen, die nötigen Garantien bieten. Die Behörde sollte darauf achten, daß die Kinder auch in guten Eltern abgeleistet werden. Das schlechte Kleid macht einen schlechten Eindruck. Redner verbreitet sich über die spätere Beschäftigung der Böblinge und mißbilligt, daß einige Böblinge in der Landwirtschaft ausgebildet würden, in der sie keine selbständige Existenz gründen könnten.

Abg. Monsch (Soz.): Wir waren unsere sechs Abgeordneten fürztlich in Lohnangelegenheiten in Mönchsheim und hatten dabei die verniegte Idee, etwas mitzutragen und die Anstalt Kislau zu befürworten. Der Direktor machte einige Schwierigkeiten. Aber gerade bei unserem unverantwortlichen Besuch machte die große Sauberkeit der Anstalt einen guten Eindruck. Die Menschheit ist nicht so schlecht, wie es aus den Statistiken scheint; sie ist tausendmal besser als vor hundert Jahren.

Abg. Beneck (Dem.) ist auch der Ansicht, daß die Menschheit heute viel besser ist als in früheren Jahrhunderten. Ein Beweis seien die geistigen Seuchen, wie die Hexenprozeße, die Flagellantenzüge und dergl. Redner tritt auch für die Familienerziehung ein. Für verbrecherische Naturen sollen als Ausnahmen die Anstalten gelten. Die Familien müssen auch die nötige Garantie bieten. Vorstand und strenge Auswahlt ist nötig. Reinhardt hat ein einfaches Rezept angegeben. Er verlangt, daß die Kinder in religiösen Familien untergebracht werden. Was „religiös“ ist, darüber entscheidet der Pfarrer. Dagegen müssen wir entschieden Verwahrung einlegen, daß der Pfarrer befürbt und die Regierung gehorcht, daß man sagt, ohne Religion, ohne dogmatische Religion keine wahre Sittlichkeit. Ich betrachte es als eine Annahme, daß man die Leute mit dogmatischer Religion als die besseren bezeichnet.

Minister von Bobman: Auch heute muß ich dem Berichterstatter, der in so hervorragender Weise die Arbeit der Anstalten gewürdigt hat, sowie für die Anerkennung der anderen Herren danken. Es ist vom Berichterstatter der Wunsch ausgesprochen worden, daß Kislau und Flehingen getrennt behandelt werden, als Trennung von Fürsorge- und Zwangserziehung. Diese Anregung ist begrüßt. Wir haben in den Anstalten wie im Arbeitshaus geiftig minderwertige, aber auch selbstsüchtige Elemente. Man sollte nicht zu nachsichtig sein. Das Verhältnis der Eltern bei der Zwangserziehung ist groß. Die Anstalt Kislau ist einer Verbesserung fähig, eine mehr getrennte Erziehung der besseren Elemente ist nötig. Es ist ein Mangel, daß wir keinen größeren landwirtschaftlichen Betrieb infolge des Mangels eines geeigneten Geländes haben. Ich bin auch der Ansicht, daß der Name „Zwangserziehung“ ein gewisses Odium hat. Ich möchte aber bezeugen, ob mit „Fürsorgeerziehung“ das Odium beendet wird. Die Zwangserziehung stellt an alle Beteiligten große Anforderungen: der Staat übernimmt eine schwere Verantwortung, den Eltern, den natürlichen Erziehern, werden die Kinder weggenommen, die Erzieher übernehmen eine große Verantwortung. Sie müssen zwei Eigenschaften haben: Liebe und Demut. Sie müssen sich sagen: was wäre aus mir geworden, wenn ich unter denselben Verhältnissen aufgewachsen wäre wie die Böblinge? (Sehr richtig!) Ich glaube, für die gegebenen Bedingungen spricht die praktische Erwägung, daß der Vollzug möglichst bald nach dem Spruch erfolgt. Wenn über das Bezirksamt nicht weiß, ob Familien- oder Anstaltszerziehung zu wählen ist, so gibt es einen Verzug. Es ist deshalb richtig, daß man der Verwaltungsbehörde den ganzen Vollzug zumeist. Für geiftig defekte Böblinge sollte man eine eigene Anstalt haben. Es wäre ideal, wenn der Staat das ganze Erziehungsvesen in die Hand nehmen könnte. Das ist aber aus finanziellen Gründen nicht möglich. Wir müssen daher den charitativen Anstalten sehr dankbar sein für ihre Hilfe. Der Minister geht auf vom Abg. Kräuter vorgebrachte Fälle kurz ein. Im allgemeinen glaube ich, daß Sittlichkeitserziehung in diesem Alter des Übergangs müde zu beurteilen sind. Ich kann mich den Herren nur anschließen, die sich für die Familienerziehung aussprechen. Ich werde bei den Behörden auf eine größere Berücksichtigung der Familienerziehung hinweisen. Das eine Familie, die um eine billige Arbeitskraft zu bekommen, ein Kind nimmt, ist an und für sich kein Hindernis einer guten Erziehung. Es kann freilich auch lediglich die Ausbeutung nachhaltig sein. Es ist eine Centralisierung der Mitteilung von Familien angeregt worden. Ich begrüße das. Es ist auch der Charitas-Verband genannt worden, der diese Vermittlung bereits organisiert habe. Wenn er nicht genügend berücksichtigt werde, so bedauere er das. Es ist gelagt worden, daß ein Böbling in zerstörerischer Kleidung abgeliefert worden sei, und daß der Armeenverband sich geweigert habe, für die Kleidung zu sorgen. Beides wäre direkt gejedwirdig. Der Minister geht sodann näher auf die Anstalt Flehingen ein. Von den 180 Böblingen hatten 1908 nur neun vorher Anstaltszerziehung, während 109 vorher Familien- und Anstaltszerziehung genossen hatten. Bei 55 Böblingen leben noch beide Eltern, davon 9 Elternpaare getrennt; 10 sind Gangnamen, 20 Halbwitze, 14 uneheliche Kinder. Von 116 Böblingen am Jahresende waren 101 = 88

Prozent vorbestraft. Die meisten Strafen erfolgten wegen Eigentums- und Sittlichkeitserbrechen. Straffälle waren es 216 gegen 119 im Vorjahr. Bei den 73 entlassenen Böblingen war das Verhalten in 78 Prozent befriedigend. Die Leute leiden meist an einem verletzten Gerechtsamegefühl, sie glauben, mit der Verkürzung ihrer Strafe hätten sie genug getan. Der Minister macht Mitteilung über die Ausbildung im Handwerk. Die Gesellenprüfung haben 9 gemacht, einer mit der Note „sehr gut“. Wir müssen diese Gewerbebetriebe haben, damit die Leute befähigt zum Broterwerb entlassen werden können.

Auch in erzieherischer Hinsicht ist die Arbeit notwendig, um die Leute von ihrem früheren Treiben zu einer ernsten Beschäftigung zu erziehen. Kräuter hat gefragt, daß die Leute zu lange beschäftigt werden. Es wechseln Unterricht und Arbeit und kommen 11 Stunden, jetzt nur noch 10½ Stunden zusammen.

Ein Bauer in Flehingen hat mir gesagt, daß die Leute in der Anstalt besser arbeiten, bietet auch eine bessere Kontrolle, er kennt die Familien. Er möchte die Negierung bitten, die Anstalt, die auf unserer Seite steht — eine ähnliche besteht auch auf der anderen (ewang.) Seite —, mehr zu berücksichtigen. (Beifall.)

Abg. Rösch (Soz.) fragt, ob es den Böblingen verboten sei, zu jähren.

Abg. Pfeiffle (Soz.) zieht auch die Familienerziehung vor gegenüber den Anstalten, die mehr den Charakter von Gefängnissen haben. Die meisten Zwangs-Böblinge sind Produkte der Erziehung im Elternhaus. Man muß auch darauf achten, daß die Familien, die gefallene Kinder aufnehmen, die nötigen Garantien bieten. Die Behörde sollte darauf achten, daß die Kinder auch in guten Eltern abgeleistet werden. Das schlechte Kleid macht einen schlechten Eindruck. Redner verbreitet sich über die spätere Beschäftigung der Böblinge und mißbilligt, daß einige Böblinge in der Landwirtschaft ausgebildet würden, in der sie keine selbständige Existenz gründen könnten.

Abg. Monsch (Soz.): Wir waren unsere sechs Abgeordneten fürztlich in Lohnangelegenheiten in Mönchsheim und hatten dabei die verniegte Idee, etwas mitzutragen und die Anstalt Kislau zu befürworten. Der Direktor machte einige Schwierigkeiten. Aber gerade bei unserem unverantwortlichen Besuch machte die große Sauberkeit der Anstalt einen guten Eindruck. Die Menschheit ist nicht so schlecht, wie es aus den Statistiken scheint; sie ist tausendmal besser als vor hundert Jahren.

Abg. Beneck (Dem.) ist auch der Ansicht, daß die Menschheit heute viel besser ist als in früheren Jahrhunderten. Ein Beweis seien die geistigen Seuchen, wie die Hexenprozeße, die Flagellantenzüge und dergl. Redner tritt auch für die Familienerziehung ein. Für verbrecherische Naturen sollen als Ausnahmen die Anstalten gelten. Die Familien müssen auch die nötige Garantie bieten. Vorstand und strenge Auswahlt ist nötig. Reinhardt hat ein einfaches Rezept angegeben. Er verlangt, daß die Kinder in religiösen Familien untergebracht werden. Was „religiös“ ist, darüber entscheidet der Pfarrer. Dagegen müssen wir entschieden Verwahrung einlegen, daß der Pfarrer befürbt und die Regierung gehorcht, daß man sagt, ohne Religion, ohne dogmatische Religion keine wahre Sittlichkeit. Ich betrachte es als eine Annahme, daß man die Leute mit dogmatischer Religion als die besseren bezeichnet.

Ministerialrat Schäfer äußert sich über die generelle Arbeit der Anstalt. Die Frage, wie den Beschwerden der Handwerker abgeholfen werden soll, ist sehr schwierig, doch viele Böblinge aus Gewerbeberufen kommen. Wir wollen aber die ganze Frage nochmals prüfen.

Abg. Dr. Schofer (Br.) möchte nur sein Bedauern aussprechen, daß Veneczel das dogmatische Christentum in die Debatte gezogen hat. Reinhardt hat nicht das Recht des Pfarrers allein betont, hier mitzutun, im Gegensatz zum Bürgermeister. Jeder, der berufen ist, soll hier mitwirken.

Abg. Kräuter (Soz.) wendet sich in persönlichen Bemerkungen gegen Reinhardt und Schmidt-Breiten. Die Einnahmen und Ausgaben werden noch dem Kommissionsbericht angenommen.

Morgen vormittag 1/10 Uhr: Wahlprüfung der Wählern im 38. Wahlkreis und Petitionen.

Schluss 12 Uhr 40 Min.

Badischer Eisenbahnrat.

Der Badische Eisenbahnrat trat am Samstag, den 5. März, im Verwaltungsbüro des Großherzoglichen Direktions der Staatsseisenbahnen zu Karlsruhe unter dem Voritz des Ministers Freiherrn von Marshall zu seiner 59. Sitzung zusammen.

Als Gegenstände der Tagesordnung waren vorgesehen:

1. Mitteilung über die Ausdehnung der Einrichtung der zusammenstellbaren Fahrkarte für einfache Fahrt auf einem größeren Teil des Vereinsgebietes.

2. Zulassung von Schneefräsen und Rodelschlitten als Handgepäck in die Personenzüge.

3. Fahrplan vom 1. Mai 1910 bis 30. April 1911.

Die Generaldirektion führt aus, daß die Einrichtung, wonach zusammenstellbare Fahrkarte für des Vereins Deutschen Eisenbahnverwaltungen innerhalb Deutschlands auch für Reisen verwendet werden können, die nicht zum Ausgangsort zurückführen, ab 1. Mai 1910 auf eine Anzahl ausländischer Vereinsbahnen ausgedehnt werden soll. Der Einrichtung werden sämtliche österreichischen, ungarischen und niedersächsischen, rumänischen, belgischen, luxemburgischen, dänischen, finnlandischen und schwedischen Bahnen beitreten. Es können daher von dem angegebenen Zeitpunkt ab von und nach jeder Station der genannten Verwaltungen und über jeden beliebigen Weg Fahrscheinhefte zusammengestellt werden, sofern die Reihe eine Entfernung von mindestens 600 Kilometer umfaßt. Auf die Fahrscheinhefte für einfache Fahrt finden die Bestimmungen für zusammenstellbare Fahrkarteinhaltungen für zusammenstellbare Fahrscheinheftes anzuwenden. Eine aufwändige Anwendung mit der Ausnahme, daß sie auf einem großen violetten Umschlag erhalten. Die dem Eisenbahndirektor vorliegenden vorgelegten Frage, ob nach Antrittsstellen der für den deutschen Eisenbahnpersonen- und Gepäcktarif, Teil I, vorgegebenen Bestimmung wegen Minnahme von Schneefräsen und Rodelschlitten als Handgepäck in die Personenzüge, die jetzt aus der badischen Bahn bestehende Belehrung der Minnahme in die 3. Klasse der Wagen der Personenzüge aufrecht erhalten werden soll, wurde von der überwiegenden Mehrheit dafür beantwortet, daß die genannten Winter sportgeräte in die Wände aller Wagenklassen und aller Zugsgattungen zugelassen werden sollen.

Eine außerhalb der Tagesordnung gestellte Anfrage über die Beschaffung von offenen Güterwagen beantwortet die Generaldirektion dahin, daß die Eisenbahndirektion an die entsprechenden Güterwerke noch nicht alle eingegangen sind. Der Herr Minister weist jedoch auf, daß der überwiegende Teil der vorliegenden Anregungen zu weiterer wirtschaftlicher Propaganda gezielt ist, eine weitere Unterführung vorerst unmöglich. Redner zählt sodann noch eine Reihe von Anträgen und Verhandlungen auf, die in laufenden Jahren hier ihre Lösungen abzuwarten beabsichtigen. Es befinden sich darunter hervorragende Vereine und Kreisverbände. Karlsruhe wird damit auf neue beweisen, daß es den Ruf einer geschäftigen und einer geschäftsfreudigen Stadt mit gleichzeitiger Belehrung der Minnahme eines ausländischen Güterwagens erlangt. Die Vermittlung geeigneter und preiswerten Quartiere an die auswärtsige Gäste werde eine besondere Aufgabe des Verkehrsvereins sein. Der Vereinsbestreit, der der Verkehrsverein seine Tätigkeit vorlegt, sei außer den Mitgliedern, einer Reihe hervorragender, im öffentlichen Leben stehender Persönlichkeiten ausgestellt, und es seien daran verschiedene sehr anerkannte Dampfschiffe eingelaufen, die Redner verliest. Schließlich dankt Redner den staatlichen, militärischen und städtischen Behörden, insbesondere dem Stadtrat, für ihr dem Verein allezeit gezeigtes freundliches Entgegenkommen, ebenso der Preise, die durch unentgeltliche Aufnahme der Bedürfe und sonstige Veröffentlichungen die Vereinsbestrebungen unterstützen. In der darauf folgenden Aussprache ist gleichzeitig eine günstige Beurteilung der Arbeit des Vereins zu Tage. Dabei wurden eine Anzahl neuer Anregungen zu weiterer wirtschaftlicher Propaganda gegeben. Die Vereinsversammlung für das Jahr 1909 wurde von den Herren Baillot A. Höch und Kaufmann Josef Kent gerichtet und vollständig in Ordnung geführt. Der Redner erhält die beantragte Entlohnung. Der Antrag betrifft etwa 24.000 M. Das reine Vermögen des Vereins vermehrte sich gegen das Vorjahr um 16.714 M. Der Voranschlag für 1910 soll nach der Aufführung des Geschäftsführers gleichfalls einflinngige Annahme. Darin sind u. a. Noten für neue Reklame-Unternehmungen, die den Beifall der Versammlung fanden, vorgesehen. Die Einnahmen sind auf 6824 M. veranschlagt, die Ausgaben auf 6336 M. In der anschließenden Erneuerungswahl des Ausschusses wurden die ausstehenden Mitglieder (Dr. v. Bredt, Dr. Bing, Drinneberg, Gläser, Hoffmann, Lacher, Lieber, Lippe, Merle, Maher, Möloth, Müller, Dr. Paul, Thiergarten und Weiler) ein-

bei der Einzelberatung des Fahrplans vorgebrachten Wünschen und herabzuheben: Herstellung einer beschleunigten Morgenverbindung von Mannheim nach Karlsruhe zum Anfang an den Zug 890. Durchführung des Zuges D 12 von Basel, Führung eines Zuges im Anschluß an Zug D 12 von Offenburg oder Basel nach Konstanz. Einlegung eines Spätzuges von Villingen nach Bad Dürkheim, von Freiburg nach Kirchzarten und von Basel nach Säckingen. Fortsetzung des Zuges D 60 von Appenweier nach Freiburg, tägliche Führung des Zuges 899 Freiburg—Offenburg, des Zuges 1630 Säckingen—Basel und des Vorortzuges 3415 Himmelreich—Freiburg. Beibehaltung des Sonntagszuges 888 Baden-Baden 1722 bis Zell i. W. und tägliche Führung des Zuges 1730 bis Schopfheim. Eine Anzahl weiterer Wünsche bezogen sich auf Einführung von Hallen bei den Zügen D 11 und D 12 in Bruchsal, D 11 in Lauf-Dillingen oder Offenburg, 870 und 765 in Wingolsheim, D 56 in Rehlingen, D 37 in Sedach, 165 in Schwetzingen, 14 und 15 in St. Georgen, 107 in Engen, 1289 in Blaustein und bei einem oder dem anderen Schnellzug in Biesenthal und bei verschiedenen Zügen in Rheinauhausen. Ferner wurde die Herstellung von Anschlüssen bei einer größeren Anzahl von Zügen beantragt, so z. B. bei den Zügen 1707/D 8 in Basel, D 92/E 88 in Karlsruhe, 1882/1916/E 383 und 1571/1901 in Neustadt i. Schw. E 189/E 883 in Donaueschingen, D 21/1693, 623/D 1 und D 92/622 in Freiburg, 648/1418/890 in Appenweier beginnen. Weitere wurden einige Wünsche um 1909/1910 ergriffen. Eine 550 Schüler bejähnt jetzt das Wintersemester. Die Anzahl hat in einem großen Maße mehrere erweiterte Gebäude in der Moltkestraße ihres Städte. Der ursprünglich allein vorhandene Schule für Hochbeamte wurde Abteilungen für Maschinisten, für Elektrotechniker und für Gewerbelehrer und für Elektrotechniker angegliedert, jedoch ist die ganze Anzahl eigentlich aus fünf veränderten Schulen besteht. Aber nicht nur äußerlich sondern auch in innerer Bedeutung in die Baugewerkschule, damit der innerliche Eindruck der Schule und der Habitus ihrer Professoren und Lehrer, erstaunlich gewichen. Sie zählt zu den ältesten technischen Mittelschulen Deutschlands. Von 17. bis 21. März d. J. ist eine Ausstellung der Schülerarbeiten des letzten Wintersemesters im Ausstellungsbüro gewidmet. Wie machen diese diejenigen, die sich für gewisse Entwicklung und die Leistungen der Schule interessieren, auf diese Ausstellung anmerksam, die gewiß ein gutes Bild von dem Stande und den Fortschritten dieser Handelskunst geben wird.

+ Von der Groß-Baugewerkschule. In den nächsten Tagen sind 30 Jahre verlossen, seit die Groß-Baugewerkschule in Karlsruhe die Leitung des zeitigen Direktors Oberbaudirektor Ph. Körner übergeben wurde. Die nun sehr kleine Anzahl (73 Schüler im Winter 1880) war damals in 2. Stockwerken der jetzigen Gewerbeschule im Biebel untergebracht. Seit dieser Zeit hat sie sich gewiß vergrößert. Eine 550 Schüler bejähnt jetzt das Wintersemester. Die Anzahl hat in einem großen Maße mehrere erweiterte Gebäude in der Moltkestraße ihres Städte. Der ursprünglich allein vorhandene Schule für Hochbeamte wurde Abteilungen für Maschinisten, für Elektrotechniker und für Gewerbelehrer und für Elektrotechniker angegliedert, jedoch ist die ganze Anzahl eigentlich aus fünf veränderten Schulen besteht. Aber nicht nur äußerlich sondern auch in innerer Bedeutung in die Baugewerkschule, damit der innerliche Eindruck der Schule und der Habitus ihrer Professoren und Lehrer, erstaunlich gewichen. Sie zählt zu den ältesten technischen Mittelschulen Deutschlands. Von 17. bis 21. März d. J. ist eine Ausstellung der Schülerarbeiten des letzten Wintersemesters im Ausstellungsbüro gewidmet. Wie machen diese diejenigen, die sich für gewisse Entwicklung und die Leistungen der Schule interessieren, auf diese Ausstellung anmerksam, die gewiß ein gutes Bild von dem Stande und den Fortschritten dieser Handelskunst geben wird.

= Von der Groß-Baugewerkschule. In den Montagabend veranstaltete die Groß-Baugewerkschule in Karlsruhe die Leitung des zeitigen Direktors Oberbaudirektor Ph. Körner übergeben wurde. Die nun sehr kleine Anzahl (73 Schüler im Winter 1880) war damals in 2. Stockwerken der jetzigen Gewerbeschule im Biebel untergebracht. Seit dieser Zeit hat sie sich gewiß vergrößert. Eine 550 Schüler bejähnt jetzt das Wintersemester. Die Anzahl hat in einem großen Maße mehrere erweiterte Gebäude in der Moltkestraße ihres Städte. Der ursprünglich allein vorhandene Schule für Hochbeamte wurde Abteilungen für Maschinisten, für Elektrotechniker und für Gewerbelehrer und für Elektrotechniker angegliedert, jedoch ist die ganze Anzahl eigentlich aus fünf veränderten Schulen besteht. Aber nicht nur äußerlich sondern auch in innerer Bedeutung in die Baugewerkschule, damit der innerliche Eindruck der Schule und der Habitus ihrer Professoren und Lehrer, erstaunlich gewichen. Sie zählt zu den ältesten technischen Mittelschulen Deutschlands. Von 17. bis 21. März d. J. ist eine Ausstellung der Schülerarbeiten des letzten Wintersemesters im Ausstellungsbüro gewidmet. Wie machen diese diejenigen, die sich für gewisse Entwicklung und die Leistungen der Schule interessieren, auf diese Ausstellung anmerksam, die gewiß ein gutes Bild von dem Stande und den Fortschritten dieser Handelskunst geben wird.

= Von der Groß-Baugewerkschule. In den Montagabend veranstaltete die Groß-Baugewerkschule in Karlsruhe die Leitung des zeitigen Direktors Oberbaudirektor Ph. Körner übergeben wurde. Die nun sehr kleine Anzahl (73 Schüler im Winter 1880) war damals in 2. Stockwerken der jetzigen Gewerbeschule im Biebel untergebracht. Seit dieser Zeit hat sie sich gewiß vergrößert. Eine 550 Schüler bejähnt jetzt das Wintersemester. Die Anzahl hat in einem großen Maße mehrere erweiterte Gebäude in der Moltkestraße ihres Städte. Der ursprünglich allein vorhandene Schule für Hochbeamte wurde Abteilungen für Maschinisten, für Elektrotechniker und für Gewerbelehrer und für Elektrotechniker angegliedert, jedoch ist die ganze Anzahl eigentlich aus fünf veränderten Schulen besteht. Aber nicht nur äußerlich sondern auch in innerer Bedeutung in die Baugewerkschule, damit der innerliche Eindruck der Schule und der Habitus ihrer Professoren und Lehrer, erstaunlich gewichen. Sie zählt zu den ältesten technischen Mittelschulen Deutschlands. Von 17. bis 21. März d. J. ist eine Ausstellung der Schülerarbeiten des letzten Wintersemesters im Ausstellungsbüro gewidmet. Wie machen diese diejenigen, die sich für gewisse Entwicklung und die Leistungen der Schule interessieren, auf diese Ausstellung anmerksam, die gewiß ein gutes Bild von dem Stande und den Fortschritten dieser Handelskunst geben wird.

= Von der Groß-Baugewerkschule. In den Montagabend veranstaltete die Groß-Baugewerkschule in Karlsruhe die Leitung des zeitigen Direktors Oberbaudirektor Ph. Körner übergeben wurde. Die nun sehr kleine Anzahl (73 Schüler im Winter 1880) war damals in 2. Stockwerken der jetzigen Gewerbeschule im Biebel untergebracht. Seit dieser Zeit hat sie sich gewiß vergrößert. Eine 550 Schüler bejähnt jetzt das Wintersemester. Die Anzahl hat in einem großen Maße mehrere erweiterte Gebäude in der Moltkestraße ihres Städte. Der ursprünglich allein vorhandene Schule für Hochbeamte wurde Abteilungen für Maschinisten, für Elektrotechniker und für Gewerbelehrer und für Elektrotechniker angegliedert, jedoch ist die ganze Anzahl eigentlich aus fünf veränderten Schulen besteht. Aber nicht nur äußerlich sondern auch in innerer Bedeutung in die Baugewerkschule, damit der innerliche Eindruck der Schule und der Habitus ihrer Professoren und Lehrer, erstaunlich gewichen. Sie zählt zu den ältesten technischen Mittelschulen Deutschlands. Von 17. bis 21. März d. J. ist eine Ausstellung der Schülerarbeiten des letzten Wintersemesters im Ausstellungsbüro gewidmet. Wie machen diese diejenigen, die sich für gewisse Entwicklung und die Leistungen der Schule interess